



Theoriebeilage
Corona:
Systemversagen
und notwendige
Gegenwehr

ISO Rhein-Neckar

Profite töten

Grundrechte

Gesundheit

Leben

verteidigen

INHALT

TITEL

- 01 KAPITALISMUS**
Leben oder Profite
EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

- 02 KLASSENKAMPF**
Proteste von unten?

KRISE

- 03 KAPITALISMUS**
Leben oder Profite

SOZIALE FRONT

- 04 AKTIONSTAG**
ZeroCovid?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

- 05 KLASSENKAMPF**
Erfolgreicher Neoliberalismus

- 06 IG BCE**
Kleine Schritte?

ERSTER MAI

- 07 SOLIDARITÄT**
Ohne Alternative

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
es ist offensichtlich, dass die herrschende Klasse weiß, was sie will. Ihr politisches Personal macht nur vordergründig einen verwirrten Eindruck. Hinter der chaotischen Pandemie-Politik verbirgt sich eine klare Linie: Die Profitmaschinerie der Konzerne und Großunternehmen muss laufen – wie geschmiert. Die Zeche dafür soll die große Mehrheit bezahlen, die mit ihrer Arbeit Leben und Überleben in Wirtschaft und Gesellschaft möglich macht.

In der April-Ausgabe von *Avanti*² setzen wir uns mit diesem Klassenkampf von oben auseinander. Wir vergessen dabei nicht die praktische Suche nach besseren, den Kapitalismus bekämpfenden und überwindenden Alternativen.

In der Theoriebeilage dokumentieren wir die Analyse „Corona: Systemversagen und notwendige Gegenwehr“.

Wir freuen uns sehr, wenn die Themen dieser *Avanti*² auf Euer Interesse stoßen.

Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Eure Redaktion

INHALT

KULTUR

- 08 HALT-LOS**
Perspektiven widerständiger Musik?
FRIEDENSBEWEGUNG

- 10 OSTERMARSCH**
Aufrüstung stoppen
POLITISCHE BILDUNG

- 11 ARBEITENDE KLASSE**
Malochen und Maul halten?
RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 VOR 50 JAHREN**
Imagine

- 12 TERMINE**
THEORIEBEILAGE

- 01 CORONA**
Systemversagen und notwendige Gegenwehr?

Frankreich Keine Friedhofsruhe

E. B.

Mehr als 90 Theater und andere Kulturstätten sind in Frankreich besetzt. Die Protestbewegung gegen die Pandemiopolitik der Herrschenden dauert an. In Paris folgten am 23. April 2021 mehrere Tausend dem Aufruf der Besetzer*innen des Odéon-Theaters. Sie protestierten gegen die „Reform“ der Arbeits-

losenversicherung und die Lahmlegung des Kulturbereichs.

Auch in einzelnen Industriebetrieben bewegt sich etwas. Gegen Arbeitsplatzabbau gibt es Widerstand. Die Beschäftigten von Fonderie de Bretagne bei Lorient blockierten zum Beispiel Ende April das Werk und hinderten das Management am Verlassen der Firma. ■



Foto: Copyright Photothèque Rouge / Martin Noda / Hans Lucas

Demo in Paris gegen die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, 23. April 2021.

Profite töten

Grundrechte, Gesundheit, Leben verteidigen

S. H. / H. N.

Letztes Jahr hat sich die Bundesregierung noch selbst gefeiert für ihre „Erfolge“ im Kampf gegen das Coronavirus. Mittlerweile gibt es jedoch rund 83.000 COVID-19-Todesfälle in Deutschland (Stand 28.04.2021).

Die zu späte und chaotische Reaktion auf die Pandemie und die Mischung aus löchrigen „Lockdowns“ und viel zu frühen „Öffnungen“ haben zu einem Jo-Jo-Effekt geführt. Er hat die Pandemie verlängert und ihre negativen Auswirkungen auf die große Mehrheit der Gesellschaft massiv vertieft.

Während sich die Bevölkerung privat schützen soll, werden die Betriebe weitgehend aus dem Geschehen herausgehalten. Die Profite dürfen ja nicht gefährdet werden! Dabei ist mittlerweile klar, dass viele Arbeitsplätze „Hochrisikogebiete“ sind. Das liegt vor allem daran, dass meist die gesetzlichen Vorschriften des Gesundheitsschutzes nicht eingehalten werden.

Gesundheitsschutz als Pflicht

Die Profitorientierung im Kapitalismus macht auch nicht halt vor dem Gesundheitssystem. Allein im Jahr 2020 wurden trotz Pflegenotstand und fehlender Intensivkapazitäten 20 Krankenhäuser geschlossen. Angeblich hatten sie nicht den „Wirtschaftlichkeitsansprüchen“ entsprochen.

Das ist das Gegenteil einer Strategie, die zum Ziel hat, die Pandemie einzudämmen. So wird der Schutz der Gesundheit nicht in den Mittelpunkt gestellt. Und nicht zuletzt ist das eine Missachtung von Artikel 2 (2) des Grundgesetzes. Dort steht „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Die Verantwortlichen für diese zynische Politik müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Gegen das COVID-19-Virus hilft nur eine Strategie, die wirksam das Pandemiegeschehen einzudämmen vermag. Die Zero-Covid-Strategie bietet dafür einen Ansatz. Ziel ist es, mit einem von unten getragenen solidarischen „Lockdown“ vorübergehend auch die nicht „systemrelevanten“ Wirtschaftsbereiche einzubeziehen. Damit ist es möglich, einerseits die Inzidenzzahlen möglichst weit in Richtung Null zu drücken und andererseits das Ansteckungsrisiko entscheidend zu minimieren. So hätte das Leben zehntausender und die Gesundheit hunderttausender Menschen geschützt werden können

Nein zum Kapitalismus

Die Pandemie zeigt auch: Die Kapitalstrategien werden aggressiver – „wirtschaftlich“ und politisch.

Rechte für Beschäftigte und Betriebsräte, Tarifverträge und Gewerkschaften gelten schon viel zu oft als Hindernisse für Profitmaximierung. Das ist ganz im Sinne des neoliberalen Kapitalismus. Mit der „Digitalisierung“ streben Kapital & Politik zudem eine grundlegende Transformation der Arbeitswelt an.

Durch die beschleunigte Prekarisierung, Verlagerung, Vernich-

tung und Zerstückelung von Arbeit soll das Kräfteverhältnis noch mehr zu Gunsten des Kapitals verschoben werden. Die verbliebene Schutzmacht von Gewerkschaften soll entscheidend geschliffen werden.

Gegen diesen Klassenkampf von oben hilft kein Kuschelnkurs. Der Traum von der „Sozialpartnerschaft“ endet sonst immer schneller in dem Albtraum der „marktkonformen Demokratie“ (Merkel).

Erforderlich ist deshalb die Organisierung betrieblicher, gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Gegenwehr. Erforderlich ist ein allgemeiner gewerkschaftlicher und politischer Kampf für unsere Rechte, für unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze und gegen den Klimawandel. Macht braucht wirksame Gegenmacht! Hier und überall!

Soziale Front aufbauen

Unsere Aufgabe ist es, geduldig solidarischen Widerstand zu entwickeln und eine soziale Front aufzubauen. Das erfordert aktive „kämpferische Kerne“ in den Betrieben, in den Gewerkschaften und in der Gesellschaft. Sie müssen sich vernetzen und demokratisch organisiert handeln.

Nur so können wir unsere Rechte verteidigen und Vereinzelung überwinden. Wir können dann auch besser gegen wirtschaftliche Ausbeutung, soziale Ungleichheit, politische Entmündigung, hemmungslose Naturzerstörung und zynische Menschenverachtung ankämpfen.

Gleichzeitig können wir so entschiedener Kriegshetze, Nationalismus, Rassismus, Sexismus und braunem Populismus entgegen-treten. Eine demokratische, ökologische und solidarische Alternative der 99 % zum Kapitalismus der 1 % ist möglich und durchsetzbar. Hierzulande, in Europa und weltweit.

Alternativen durchsetzen

Warum fordern wir nicht gemeinsam die Einhaltung des Grundgesetzes ein?

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist ... zum Wohle der Allgemeinheit zulässig“ (Artikel 14 GG).

Warum kämpfen wir deshalb nicht auch für ein Verbot von Entlassungen? Nicht die Menschen müssen der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft muss den Menschen dienen!

Warum setzen wir uns nicht für eine massive Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein? Das schafft Normalarbeitsverhältnisse für alle und bekämpft Stress bei der Arbeit.

Mehr denn je gilt: Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite! ■

Aktionstag #ZeroCovid

Solidarität in Zeiten der Pandemie

N. B.

Am internationalen ZeroCovid-Aktionstag organisierte auch #ZeroCovid Rhein-Neckar eine Kundgebung. Etwa 80 Menschen versammelten sich auf dem Mannheimer Paradeplatz. Zahlreiche Passant*innen blieben interessiert stehen, lauschten den vielfältigen engagierten Redebeiträgen und zeigten ihre Unterstützung für eine konsequente und solidarische Pandemiebekämpfung.

In der Begrüßung machte Wolfgang Alles von #ZeroCovid Rhein-Neckar deutlich, dass eine grundlegende Umkehr in der Corona-Politik dringend erforderlich und auch möglich sei. Das zeigten Länder wie Taiwan mit 10 Toten seit Ausbruch des Corona-Virus. Eine solidarische Pandemiebekämpfung bedeute, Arbeitswelt, Bildungswesen, Kultur, den öffentlichen Raum ebenso wie den privaten einzubeziehen und niemanden zurückzulassen: „Statt Konzerne mit Milliarden an Steuergeldern zu subventionieren – soziale Absicherung und Infektionsschutz für alle!“ Dafür brauche es insbesondere den Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens, freie Vergabe von Desinfektionsmitteln und Schutzmasken sowie die Freigabe der Impf-Patente. Für die zu dem Zeitpunkt beinahe 78.000 Corona-Toten in der BRD legten die Demonstrations-Teilnehmer*innen eine Schweigeminute ein.

Überlastetes Personal, leidende Patient*innen

Bis heute fehle es in der Altenpflege an persönlicher Schutzausrüstung, berichtete Altenpflegerin Claudia Omoregie. Immer wieder müssten Pfleger*innen auch bei einem positiven Corona-Testergebnis weiterarbeiten und Schutzmaßnahmen würden nicht umgesetzt. Der Grund dafür: zu wenig Personal, das zudem überlastet und erschöpft sei.

Ralf Heller, Betriebsratsvorsitzender des Uniklinikums Mannheim, berichtete vom Druck, der auf den Beschäftigten im Krankenhaus lastete. An Erholung vom Dauerstress sei seit Beginn der Pandemie nicht mehr zu denken. In Zeiten mit weniger Infektionen habe das Finanzierungssystem der Fallpauschalen die Krankenhäuser veranlasst, weiter zu operieren, statt dem Personal eine Pause zu ermöglichen. Heller nahm auch Bezug auf die Situation der Patient*innen: Im Klinikalltag werde offenbar, wie gefährlich das Corona-Virus sei, unter dem Infizierte und Angehörige enorm litten.

Umso unerträglich sei das Treiben der Corona-Leugner. Omoregie und Heller drückten ihre große Wut auf die sogenannten Querdenker aus, die die täglichen Erfahrungen, den Druck und das Leid im Gesundheitssektor missachteten und wesentlich zur Verschlimmerung der Situation beitrügen: „Infizieren sich gegenseitig, tragen das Virus überall hin. Und die KollegInnen im Krankenhaus müssen das ausbaden“, so Omoregie.

Der Klassencharakter der Pandemie

Zunehmend sei die Rede vom Migrationsstatus der Hälfte der COVID-19-Patient*innen auf Intensivstationen, so Umut As von DIDE. Von den ökonomischen Zusammenhängen werde aber geschwiegen: Das Virus mache zwar keinen Unterschied zwischen Menschen unterschiedlicher Klassen, aber die soziale Situation bestimme maßgeblich mit, inwieweit Menschen dem Virus ausgesetzt seien, wie die Krankheit verlaufe, und welche gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen eine Infektion und die Corona-Politik hätten.

Wohnen und Überleben

Beengte Wohnverhältnisse spielen dabei eine wesentliche Rolle. Karlheinz Paskuda wies auf weitere Probleme in Bezug auf Wohnen und

Mieten in der Pandemie hin. Gerade in Mannheim mit den zweithöchsten Mieten in Baden-Württemberg befinden sich viele Menschen in Kurzarbeit oder haben ihre 450€-Jobs verloren. In der Krise entstandene Mietschulden können oft nicht zurückgezahlt werden und nach der Mietzahlung bleibe vielen kaum noch Geld für andere Ausgaben.

Auf die besonders schlimme Wohnsituation in Asylunterkünften machte Claudia Omoregie für die Seebrücke aufmerksam. Gemeinsam genutzte Küchen, Toiletten und Bäder in engen, vollen Unterkünften sowie fehlende Masken und Desinfektionsmittel erlaubten keinen Gesundheitsschutz. In den Lagern an den EU-Außengrenzen, deren Bewohner*innen ohnehin schon immungeschwächt seien, gebe es oft kein Wasser, geschweige denn Seife, Hygieneartikel und ausreichend Nahrung. Die Seebrücke fordert daher die dezentrale Unterbringung Schutzsuchender und die Evakuierung der Lager an den EU-Außengrenzen.

Nora Bräcklein wies in ihrem Redebeitrag darauf hin, dass Frauen besonders von der Pandemie und den Folgen der herrschenden Corona-Politik betroffen seien. Für Frauen, die zu Hause Gewalt erleben, seien Schutzräume dringender nötig denn je. Um der Überlastung durch bezahlte wie unbezahlte Pflege- und Sorgearbeiten entgegenzuwirken, müssten diese Arbeiten endlich in gemeinschaftliche, gesamtgesellschaftliche Verantwortung gegeben werden.

Sicherheit der Bürger*innen?

Hedwig Sauer-Gürth vom Friedensbündnis zitierte Kriegsministerin Kamp-Karrenbauer: Die Gewährung der Sicherheit der Bürger*innen Deutschlands sei zentrale Aufgabe des Staates. Für die Kosten des geplanten Kaufs von 45 atombombenfähigen F-18 Kampfflugzeugen (7,47 Milliarden €) könnten die Kosten für 100.000 Intensivbetten, 30.000 Beatmungsgeräte, 60.000 Pflegekräfte sowie 25.000 Ärzt*innen getragen werden. Aber: „Viren können mit Kriegswaffen und Soldaten nicht bekämpft werden. Wir brauchen den Rüstungsetat für ein funktionierendes Gesundheitssystem!“

Zum Abschluss der Kundgebung gingen zwei Sprecher auf die Situation in den Betrieben ein. Helmut Schmitt vom Solikomitee gegen Betriebsratsmobbing berichtete, wie die Kapitalseite in der Krise noch rigoroser als zuvor alles daran setze, aktive Betriebsratsarbeit für die Beschäftigten zu be- oder gar zu verhindern. Durch die Pandemie und das „Homeoffice“ sei die solidarische Gegenwehr der Belegschaft besonders erschwert. Wolfgang Alles betonte, dass die Umsetzung des geltenden Arbeitsschutzgesetzes einen großen Teil der Infektionen im Betrieb verhindern könnte. In den allermeisten Betrieben finde hier aber ein „folgenschwerer Gesetzesbruch“ statt, kaum wahrgenommen von der breiten Öffentlichkeit.

Kollektive, solidarische Gegenwehr

Einig waren sich alle Redner*innen: Die Corona-Politik der Regierung schert sich nicht um die soziale Lage und die existenziellen Fragen der arbeitenden Klasse. Für ihre Interessen und Rechte müssen wir uns stark machen und Druck aufbauen. Das ist der einzige Weg, um die Corona-Pandemie solidarisch eindämmen zu können. ■

Fünf Jahrzehnte neoliberale Gegenoffensive des Kapitals (Teil I)

U. D.

In dieser und den kommenden *Avanti*² veröffentlichen wir das Einleitungsreferat unseres diesjährigen Frühjahr-Seminars zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.

Das Kapital unter Druck

Vor rund 50 Jahren war die Welt für die Kapitalist*innen in bedrohlicher Unordnung.

Die russische Revolution 1917, das Entstehen des sowjetischen „Blocks“ in Osteuropa nach 1945 und die chinesische Revolution 1949 hatten die kapitalistische Welt deutlich verkleinert. Hinzu kam nach dem Zweiten Weltkrieg die Bedrohung durch die sich ausbreitende Kolonialrevolution. 1959 war die kubanische Revolution im direkten Einflussgebiet der USA siegreich. Die geheimdienstlichen und militärischen Versuche, diese Entwicklung zu stoppen, hatten (noch) keine wesentlichen Erfolge.

In den kapitalistischen Industriestaaten kam es zu massiven Klassenkämpfen: In Belgien gab es 1960/61 einen äußerst militant geführten Generalstreik. Im Mai 68 brachten in Frankreich die Jugendrevolte in Verbindung mit einer mächtigen Generalstreikbewegung das System ins Wanken. In Italien mündeten im Verlauf der 1960er Jahre militant geführte Streiks in den heißen Herbst 1969. In Deutschland gab es 1969 ausgehend von den Vertrauensleuten des Hoesch-Stahlwerks spontane Streiks.

Ende der 1960er Jahre entstand eine weltweite Bewegung gegen den Vietnamkrieg. Die nicht nur studentisch geprägte Jugendrevolte orientierte sich an antikapitalistischen Ideen und Theorien und beeinflusste die politische Debatte.

Auch im sowjetischen Einflussgebiet fanden Klassenkämpfe statt. Zum Beispiel in der DDR 1953 und in Ungarn 1956. In der CSSR wurde 1968 der „Prager Frühling“ von russischen Panzern niedergerollt. Die Wiedereinführung des Kapitalismus hatten all diese Bewegungen nicht zum Ziel.

Zugleich hatte die kapitalistische Weltwirtschaft ihre Nachkriegsdynamik verloren und trat ab Mitte der 1970er Jahre in einen Zyklus niedrigerer Wachstumsraten ein.

Kurzum: Der Kapitalismus hatte allen Grund, sich bedroht zu fühlen.

Neoliberale Antworten auf die Krise

Vor diesem Hintergrund stellten sich den

Herrschenden drängende Fragen: Wie kann der Kapitalismus stabilisiert und der „kommunistische Block“ destabilisiert werden? Wie können die Revolten der Jugend und der Arbeiter*innenklasse zurückgedrängt werden? Wie können die Profitbedingungen verbessert werden? Wie kann eine erfolgreiche ideologische Gegenoffensive aussehen?

Was fehlte, war eine anerkannte kapitalistische Gegenstrategie. Diese Situation konnten die neoliberalen Vordenker nutzen, um ihre marktradikalen Ideen zur vorherrschenden ökonomischen und politischen Denkrichtung des kapitalistischen Bürgertums zu machen. Ihre Antworten lauteten: Entbürokratisierung und Deregulierung, Freihandel, Privatisierung, Senkung der Unternehmenssteuern, Senkung der Staatsausgaben (d. h. Abbau sozialer Fürsorge und sozialer Infrastruktur). Der Staat sollte im Kern nur den „freien Markt“ sichern. Die Organisationen der Arbeiter*innenklasse waren dabei schädlich, da sie diesen „freien Markt“ einschränkten.

Dies war der offen propagierte kapitalistische Generalangriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der weltweiten Arbeiter*innenklasse.

Chile 1973

In Chile war 1970 mit Salvador Allende ein Sozialist zum Präsidenten gewählt worden. Weder der US-Imperialismus noch die besitzenden Klassen in Chile wollten dies hinnehmen. Sie bereiteten einen militärischen Gegenschlag vor.

1973 putschte das chilenische Militär unter General Pinochet. Die neoliberalen „Chicago Boys“ dienten in der Folge als wirtschafts- und sozialpolitische Taktgeber. Zum ersten Mal konnten die Neoliberalen ihre Ideen in einem ganzen Land konkret umsetzen. Sie taten dies ohne Skrupel, während gleichzeitig die Gewerkschaften und die politische Linke mit Repression, Folter und Mord brutal unterdrückt wurden.

Der „Erfolg“ dieser neoliberal-autoritären Operation überzeugte die herrschenden Klassen in vielen Ländern, nicht zuletzt auch in den westlichen Industriestaaten. So begann ab Ende der 1970er / Anfang der 1980er Jahre die weltweite neoliberale Gegenoffensive des Kapitals. ■



Chile Solidarität Nr. 1, Heidelberg o. J. (1974).

Abb.: www.mao-projekt.de.

IG BCE auf einem guten Weg?

2021 – das Jahr der großen Konferenzen

S. T.

Vom 24.-29.10.2021 findet der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE in Hannover statt. Das große Thema ist – „Transformation“. In diesem Zusammenhang sollen auch Fragen wie „Digitalisierung“ und Klimawandel diskutiert werden. Sie alle verändern – beschleunigt durch die herrschende Corona-Politik– die Lage der arbeitenden Klasse.

Innerorganisatorische Demokratie?

Die Bezirksdelegiertenkonferenzen sind laut Satzung das höchste beschlussfähige Gremium der IG BCE vor Ort und sollen die Weichen für die Zukunft der Organisation stellen. Die Delegierten vertreten die Gewerkschaftsmitglieder aus den Betrieben der verschiedenen Branchen, die die IG BCE repräsentiert.

Auf insgesamt 44 Versammlungen werden die Delegierten für den Gewerkschaftskongress der IG BCE im Oktober und die Konferenzen der acht Landesbezirke gewählt. Auch über die Anträge der Bezirke an den Gewerkschaftskongress wird dort abgestimmt.

Aus dem gleichen Grund wird auch darauf geachtet, dass verschiedene Personengruppen – wie beispielsweise die Jugend – angemessen vertreten sind. 400 Delegierte entsenden die Bezirke und Landesbezirke insgesamt zum Kongress, die wiederum von etwa 4.000 Teilnehmern der Konferenzen gewählt wurden.

Die Ortsgruppen- und Vertrauensleutegremien bestimmen auf ihren Mitgliederversammlungen, wer an den Konferenzen der Bezirke teilnimmt.

Was passiert dort sonst noch?

Auf den Bezirkskonferenzen werden aber nicht nur die Teilnehmer*innen für den Gewerkschaftskongress bestimmt. Sie sind auch offiziell Kontrollinstanz für die Arbeit des Bezirksvorstands und der Gremien.

Außerdem werden die Bezirksvorstände im Amt bestätigt oder neu gewählt. Geschäfts- und Revisionsbericht des Bezirks werden entgegengenommen und die Revisoren gewählt. So wird theoretisch dafür gesorgt, dass die Macht von der Basis ausgeht.

Welche zukünftigen Arbeitsschwerpunkte?

Mit Anträgen an die Bezirkskonferenz aus ihren Ortsgruppen und Vertrauensleutegremien kann die Gewerkschaftsbasis inhaltliche Punkte setzen. Zu Themen wie „Energiewende“, Entgrenzung der Arbeitszeiten oder weiter steigenden Arbeitsbelastungen können künftige Arbeitsschwerpunkte, Strategien und Ziele der Gewerkschaft benannt werden.

Bezirksdelegiertenkonferenz Mannheim

Aufgrund der Corona-Situation fand die Tagung erstmals in „Hybridform“ statt. Die Teilnehmer*innen diskutierten am Bildschirm oder vor Ort mit dem Bezirksvorstand.

Die Präsenz-Veranstaltung hat in der Weinheimer Stadthalle stattgefunden. Vor Ort waren allerdings nur das Präsidium, die Antragsberatungskommission sowie Teams für Organisation und Technik. Die übrigen Kolleg*innen konnten sich von Zuhause aus einwählen.

Auch Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, war digital zugeschaltet.

Die IG-BCE (Bezirk Mannheim) ist in über 70 Betrieben der Branchen Chemie, Pharma, Papier, Keramik und Kunststoff präsent. Die gewählten Vertreter*innen repräsentierten auf der Bezirkskonferenz rund 11.500 Mitglieder aus der Rhein-Neckar-Region – von Mannheim bis Eberbach im Odenwald und von Weinheim bis südlich von Heidelberg.

Vorbereitet auf den Klassenkampf von oben?

Die Anträge im Bezirk Mannheim umfassten unter anderem die Themen Rente, Mobiles Arbeiten, Ausbildung, atypische/prekäre Arbeitsverhältnisse, Digitalisierung, Gleichstellung, Jugendförderung, Organisationsstruktur und Betriebsratsmobbing. Dabei wurden gegen den Vorschlag der Konferenzleitung einige wegweisende Beschlüsse gefasst. Es ist aber nicht sicher, ob sie die weiteren Hürden auf Landesbezirks- und Bundesebene nehmen können.

Mit großen Mehrheiten stimmten die Delegierten für die Anträge, mit denen eine Leitlinie für die politische und organisatorische Ausrichtung der IG BCE vorgegeben werden soll.

Der Bezirksvorstand und andere bezirklich Strukturen wurde mit eindeutigen Abstimmungsergebnissen gewählt.

Der Einfluss der insgesamt gelungenen Veranstaltung muss sich aber daran messen lassen, ob sie einen wirksamen Beitrag zur Kursänderung leisten konnte. Derzeit ist die IG BCE jedenfalls nicht auf die verschärften Angriffe der Kapitaleseite vorbereitet. Das spüren insbesondere die Kolleg*innen, deren Arbeitsplätze wie bei der Spiegelfabrik in Mannheim oder bei Freudenberg in Weinheim vernichtet werden. ■



Torblockade bei Freudenberg in Weinheim, 19. Januar 2007.

Foto: Privat.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

Solidarität zeigen

Pandemie abblocken

Klimawandel stoppen

Entlassungen verbieten

Steuerflucht verhindern

Rassismus bekämpfen

Sexismus unterbinden

Konzerne enteignen

Kapitalismus abschaffen

„HALT-LOS – der zweite Anlauf“

Ein Gespräch mit Bernd Köhler

Im September 2019 erschien *Nachrichten vom Untergrund* – der erste Band mit Liedern und Texten (1967-1990) des Mannheimer Musikers Bernd Köhler. Ende Mai 2021 wird der Folgeband *HALT-LOS*, mit dem Untertitel „Der zweite Anlauf, Lieder und Texte 1990 – 2020“ veröffentlicht. Wir wollten mehr erfahren und haben uns mit dem Verfasser unterhalten.*

Warum „Halt-Los“? Eine Bezugnahme auf das verordnete Stilllegen des realen Kulturlebens in Zeiten der Pandemie?

Haha, auf die Idee bin ich bis jetzt noch nicht gekommen. Vor allem, weil mir die Titel-Idee schon lange vor „Corona“ kam. Andererseits bietet die pandemische Ausnahmesituation 2020/21 tatsächlich Parallelen zur weltpolitischen Ausnahmesituation von 1990. Eingefahrene Strukturen werden unter dem Druck der Ereignisse zerbröckelt und von perspektivischer Ungewissheit abgelöst. Eine klare Linie ergibt sich damals wie heute ersichtlich nur für das Kapital, das in die neuen Freiräume interveniert. Inklusiv der schillernden parlamentarischen Möchtegern-Teilhaber, die vom Krisen-Kuchen auch etwas abhaben wollten.

„HALT-LOS, der Kanzler in China und 13 weitere große Gesänge“ war der Titel einer radikalen Text/Musik-Collage, die ich 1989 zusammen mit Hans Reffert aufgeführt habe. Ein Programm, welches das damalige neue weltpolitische Zerreißfeld auf den Punkt brachte, aber auch signali-

sierte, dass nach einem „HALT“ auch immer ein „LOS“, ein Neuanfang – wie ungewiss auch immer – kommt.

Waren die frühen 1990er Jahre mit der Ausplünderung der ostdeutschen Staatswirtschaft durch die Treuhand und das West-Kapital, den rassistischen Morden in ganz Deutschland und dem Zweiten Golfkrieg auch eine Zeit, um „den Wahnsinn zu besingen“?

„Den Wahnsinn zu besingen“, darauf hatten wir uns in dieser Zeit tatsächlich fokussiert, außerdem auf die Kraft des Künstlerischen. Unsere Antwort auf den Zweiten Golfkrieg war zum Beispiel die Aufführung der „Todesfuge“ von Celan.

Sinnbildlich für diese Zeit war aber auch, dass plötzlich kaum mehr Auftrittsfragen aus den gewerkschaftlichen oder den linkspolitischen Bereichen kamen. Diese Agonie des Kritisch-Künstlerischen betraf übrigens nicht nur mich, sondern war durchgehend. Alles war in Auflösung bzw. in einer diffusen Neuorientierung zwischen kapitalistischer Heilsbotschaft und Resignation. Rückblickend nenne ich es

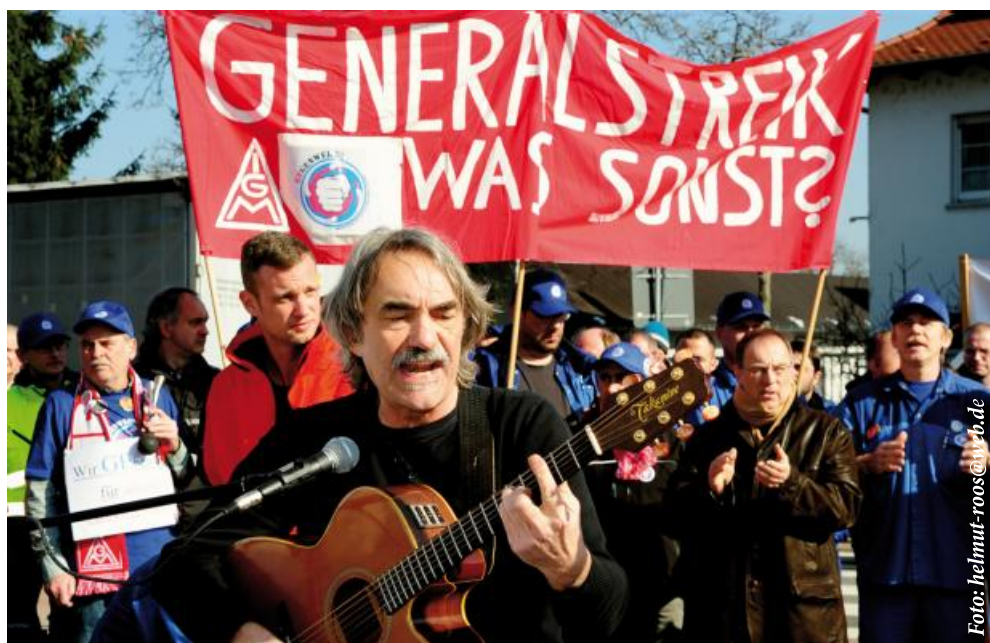
das „bleierne Jahrzehnt“.

1999 – knapp 10 Jahre später – formierte sich ewo². Ein Bruch mit der alten musikalischen Vergangenheit und ein Aufbruch in eine neue Zukunft?

Unsere Aufführungen in den 90er Jahren fanden in wechselnden musikalischen Besetzungen statt. Meine Konstante dabei war die Zusammenarbeit mit Hans Reffert. Wir hatten eine ähnliche Sicht auf die Ereignisse und auf die sich daraus ergebenden, neuen künstlerischen Formen. Hörbarer und sichtbar bester Ausdruck dessen war dann 1999 das Programm „Howdo youdo Mr. Majakowski“, einer Multimedia-Inszenierung zum 70. Todestag des russischen Revolutionspoeten. Aus dieser Aufführung hat sich dann mit Hans und Christiane Schmied das erste ewo²-Ensemble herausgebildet. Das erste „kleine elektronische weltorchester“ im Quadrat.

Mit der Gründung des AlstomChors 2003 hast Du Dich musikalisch wieder der arbeitenden Klasse zugewendet. Was hat Dich dazu motiviert und welche Spuren hat das hinterlassen?

Na ja, es war ja eher Zufall oder real betrachtet auch wieder nicht. Diese oft schon erzählte Geschichte, wie mich an einem Samstagmorgen Hartmut Siebenhaar auf der Straße angehaut hat, mit der Frage ob ich den Alstomern nicht ein Lied schreiben könnte, die bräuchten sowas jetzt, wo es ums Ganze geht. Meine erste Reaktion war, was soll ich den Leuten ein Lied schreiben, die ein Jahrzehnt lang kein Interesse an meinen Liedern gehabt hatten? Überzeugt hat mich dann die erlebte Situation im Betrieb, der sichtbare und spürbare damalige Widerstandswille. Das war so ungeheuerlich, dass ich mich dem nicht entziehen konnte. Es war das konkrete Erlebnis mit dem umkämpften Betrieb und den Leuten, die sich im Chor zusammenfanden, was mich wieder für die arbeitende Klasse reaktivierte.



Bernd Köhler bei der Soliaktion für die Belegschaft von Bombardier Mannheim, 17. März 2016.

Gemeinsam mit ewo² und anderen Künstlerinnen und Künstlern hast Du danach zahlreiche solidarische Projekte, Konzerte und Initiativen unterstützt. Damit nicht genug: Du hast – wenn ich das richtig sehe – seitdem mehr Platten als zuvor veröffentlicht. Wie ist diese sehr produktive Rastlosigkeit zu erklären?

Das Erlebnis von lebendiger Bewegung kann ja durchaus auch zu einem produktiven Output führen. Nicht unwichtig war aber auch unser neuer musikalischer Ansatz, der zu einer anderen Wertigkeit unserer Produktionen führte. Da war einfach alles auf dem Punkt, zeitgemäß, aktuell. Und es gab ein überregionales Interesse und Feedback für unsere Musik. Auch keine un-

wesentliche Motivation.

Als letztes kam dann im dritten Jahrzehnt auch die Gestaltung und Organisation künstlerischer Großveranstaltungen dazu, zum Beispiel die Solidaritätskonzerte für die Alstomer. Immer mit tollem Engagement des Chors. Oder „Vorwärts, doch nichts vergessen“, zur Geschichte der IG Metall, und als bisher letztes großes Projekt, „Oh Heiland, reiß die Himmel auf“, mein Beitrag zum Lutherjahr, konkret, zum Konflikt zwischen Luther und Müntzer. Viele der Veranstaltungen wurden möglich, weil die Mannheimer IG Metall damals den Wert und die Sinnhaftigkeit dieser Art Kultur erkannte und unterstützte.

Was steht jetzt an? Eine „haltlose“

Fortsetzung des zweiten Anlaufs?

Ah, ich bin ja schon froh, dass wir mit ewo² am 1. Mai mal wieder live bei einer Kundgebung auftreten werden. Wie sich die Welt mit oder nach „Corona“ neu sortiert, wird man sehen. Gerne würde ich wie beim ersten Liederbuch auch mit dem zweiten wieder auf Tour gehen um unsere radikale Sichtweise und Musik unter die Leute zu tragen. Anlass dafür gibt es ja genug.

*[Die Fragen stellte W. A., Bernd Köhler antwortete am 25. April 2021.]

Es lohnt lohnt sich auch heute noch, die früheren Interviews mit Bernd nachzulesen: Ihr findet diese auf unserer Webseite mit dem Suchbegriff „Köhler“ oder „Köhlers“]. ■

HALTLOS der Kanzler in China und 14 weitere große Gesänge

PLAKAT: B. KÖHLER / FOTOS: W. HÖTZEL

ein Text & Ton Spektakel aus der Reihe: "Poesie am Abgrund"

BERND KÖHLER
großer Ansager und
Präsentator

HANS KEFFERT
erster (1.) Lärmkünstler der Republik
Welt TonMeister

TONMIX / TONCOLLAGEN: RÜDIGER BISCHOFF

HARTMANNSTR. 45

PREMIERE 15. 12
16. 12
17. 12

Eintritt: 12.— DM / Schüler, Studenten, Auszubildende, Arbeitslose: 10.— DM
Einlass: 20 Uhr
Kartenvorbestellung: 0621 / 51 34 94

LUDWIGSHAFEN

Bernd Köhler

Halt LOS

der zweite Anlauf

Texte und Lieder
1990 - 2020

Bernd Köhler

HALT-LOS

der zweite Anlauf

Texte und Lieder

1990-2020

Das Liederbuch erscheint beim Ludwigs-hafener Llux-Verlag (www.buecher.llux.de), hat 272 Seiten mit Texten, Liedern, Fotos und Dokumenten aus dem Zeitraum 1990-2020 und kostet 18 Euro zuzüglich 2 Euro Versand. Bestellungen direkt über Bernd Köhler (bk@ewo2.de). Auslieferung ab Ende Mai.

Zur Präsentation des Buches gibt es am 26. Mai ein Konzert im Kulturhaus Capitol in Mannheim. Infos und Karten über: <https://www.capitol-mannheim.de/veranstaltung/bernd-koebler>
Eine mögliche Absage bzw. eine Verschiebung des Konzerts aus Corona-Gründen wird über die Capitol-Adresse bekannt gegeben.

Ostermarsch 2021

„Rezeptur für einen Kalten Krieg 2.0“

K. S.

Am diesjährigen Ostermarsch in Mannheim gingen am 3. April 2021 rund 200 Menschen auf die Straße. Sie folgten damit dem Aufruf eines breiten Friedensbündnisses unter der Losung: „Für Frieden, das Klima und die Menschen“.

Die Demonstration zog vom Alten Messplatz bis zum Ehrenhof des Schlosses. Mit dabei war natürlich auch die ISO / IV. Internationale Rhein-Neckar. Kundgebungen fanden an beiden Orten bei gutem Wetter statt.

Mit einem musikalischen Begleitprogramm und vielen Redebeiträgen versuchte der Ostermarsch, auf die Gefahren der internationalen Kriegs- und Krisenpolitik hinzuweisen. Klimagerechtigkeit, aktive Abrüstung und ein atomwaffenfreies Deutschland waren Kernforderungen.

Waffen statt Gesundheit und Bildung?

Corona hat viele wichtige Themen in den Hintergrund gedrängt, dazu gehört auch die Frage von Krieg und Frieden. Mirkan Dogan, der für die DİDİ (Föderation türkisch-demokratischer ArbeiterInnenvereine e. V.) am Alten Messplatz sprach, machte den Zusammenhang zu Corona deutlich.

Trotz der vielen Corona-Toten werde schon wieder über die mögliche Schließung von weiteren Krankenhäusern beraten: „Für Gesundheit oder Bildung ist das Geld knapp, aber für Rüstung und Militarisierung ist immer genug Geld da. Der diesjährige Rüstungsetat beläuft sich auf mehr als 53 Milliarden Euro. Das ist inakzeptabel.“ Statt Milliarden in die Rüstung zu pumpen, sollte das Geld besser in die Sozialsysteme, in Gesundheit, Bildung und für den Klimaschutz zur Verfügung gestellt werden.

Neuer Militarismus im Anmarsch

Militarisierung und Rüstung seien wieder in den Mittelpunkt der internationalen Politik gerückt, parallel zu einer Zuspitzung der weltpolitischen Lage. Dogan verwies dabei auf den Report: NATO 2030, der als neue Sicherheitsdoktrin von der NATO entwickelt werde. Dieser gehe

von einer systemischen Rivalität derselben mit China und Russland aus.

Es handele sich um „eine Rezeptur für einen Kalten Krieg 2.0 für umfassendes Wettrüsten und neue Kriege“, so Dogan. Die Großmächte kurbelten das Geschäft des Krieges an. Es gehe um Machterhalt, Erschließung von Absatzmärkten und Sicherung von Energiequellen und Transportwegen. Die Vereinigten Staaten setzten auf eine erhöhte Kriegsvorbereitung.

Das zeige sich auch im Konflikt mit China um Taiwan, der zum „Angelpunkt internationaler Krisen“ werden könne. Die Kriegsübung *Defender Pacific 21* in südost-asiatischen Gewässern und das Manöver *Defender Europe 21* gegen Russland seien Ausdruck eines klaren Konfrontationskurses. Und: „Deutschland mischt da kräftig mit.“

Atomwaffenverbotsvertrag ratifizieren!

Das Ostermarsch-Bündnis Mannheim 2021 setzt sich nicht zuletzt für die Unter-

zeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung und dessen Ratifizierung im Deutschen Bundestag ein. Der Atomwaffenverbotsvertrag wurde von über 50 Staaten ratifiziert. Er trifft aber auf den massiven Widerstand der Atommächte.

Ein atomwaffenfreies Deutschland sei nötig. Das betonte Rainer Braun, von IAL-ANA (International Association of Lawyers Against Nuclear Arms, Rechtsanwälte für die Beseitigung von Nuklearwaffen) bei der Abschlusskundgebung im Ehrenhof des Schlosses: „Ein erster Schritt hin zur Vernunft muss die Unterschrift Deutschlands unter den UNO-Atomwaffenverbotsvertrag sein. Dies sollte die erste Regierungshandlung der neuen Bundesregierung nach dem 26. September sein.“ ■

Nein zu Krieg und Umweltzerstörung!



Abschlusskundgebung des Mannheimer Ostermarschs, 3. April 2020.

Foto: Avanti²

Malochen und die Klappe halten?

Zur Lage der arbeitenden Klasse in Zeiten der Pandemie.

N. B.

Das Thema unseres Bildungsabends im April war ambitioniert. Dennoch gelang es dem Referenten, eindrücklich den Klassencharakter der Pandemie herauszustellen. In der Diskussion besonders engagiert aufgegriffen wurde die Frage nach dem Bewusstsein der arbeitenden Klasse. Dies ist von Bedeutung, um Anknüpfungspunkte für klassenkämpferische Politik finden zu können.

Unser Referent stellte dar, dass von den 44 Mio. Erwerbstätigen in Deutschland 20 % als „atypisch Beschäftigte“ arbeiten (befristet oder geringfügig sowie in Teilzeit oder Zeitarbeit Tätige). Mehr als 1/5 der Beschäftigten, insbesondere Frauen und Migrant*innen, arbeiten im Niedriglohnssektor mit einem Entgelt unter 11,40 €/Stunde (Stand 2018). Die Lohnquoten gehen seit den 1970er Jahren zurück. Insgesamt stehe Deutschland mit an vorderster Front bei der Ausbeutung weltweit.

Erschöpfung, Unsicherheit und Angst

Die Kapitaleseite setze vieles daran, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter*innen zu behindern. Der hohe Anteil an Kleinunternehmen ohne Betriebsräte in Deutschland sei u. a. das Ergebnis von Auslagerungen bestimmter Tätigkeiten in Subunternehmen und Dienstleistungsfirmen.

In den Betrieben werde versucht, die Belegschaft durch psychologisch gestützte Führungstechniken gefügig zu machen. Belegschaften werden aber auch gezielt gespalten, gesetzliche und tarifliche Regelungen unterlaufen und klassenkämpferische Betriebsräte behindert. Das alles führe zu psychischer Erschöpfung, sozialer Unsicherheit und Angst bei fehlender Kampferfahrung und -bereitschaft.

Neoliberale Propaganda

Die Arbeit der Gewerkschaften sei meist staatskonform und sozialpartnerschaftlich. Ein großer Teil der arbeitenden Klasse ebenso wie die sie vertretenden Betriebsräte sei scheinbar gelähmt. Dies bezeichnete unser Referent als das Ergebnis des jahrzehntelangen Propagierens neoliberaler Ideologie. Diese behaupte eine unveränderliche menschliche Natur der Konkurrenz, des Individualismus und Egoismus, welche zwangsläufig zu sozialer Ungleichheit führe.

Die Verankerung dieser Ideologie auch in der arbeitenden Klasse habe die Zerstörung kollektiver, solidarischer Bezüge zur Folge. Zudem bestärke sie den Irrglauben, dass Klassen historisch überkommen seien. In solch einem Weltbild haben sozialistische Theorie und Praxis selbstverständlich keinen Platz.

Corona und die Klasse

Und was hat das Ganze mit dem Virus zu tun? Wenig überraschend sind die Ergebnisse einer kürzlich veröffentlichten Studie von Dragano und Wahrendorf. Demnach seien die durchschnittlichen Inzidenzen in Regionen mit hoher Erwerbstätigkeit insbesondere in der Produktion wesentlich höher als in anderen. Das RKI berichte, die COVID-19-Sterblichkeit sei in Regionen mit sozial stark benachteiligter Bevölkerung um 50 - 70 % höher als in anderen Regionen. Neben

den schwerwiegenden gesundheitlichen Risiken seien aber auch die sozialen nicht zu vernachlässigen. Einkommens- und Arbeitsverluste treffen insbesondere prekär Beschäftigte und Geringverdiener*innen hart.

Die Corona-Pandemie habe die kapitalistische Krise verschärft. Sie sei den Herrschenden gelegen gekommen als Legitimation ihrer Krisenpolitik auf Kosten der arbeitenden Klasse. Die Diskussion um die weitere Erhöhung des Rentenalters sei ein Vorgeschmack darauf, wer nach der Bundestagswahl im Herbst die Zeche zahlen solle.

Wir seien aktuell in der Defensive, konstatierte ein Diskussions-Teilnehmer. Bei vielen Arbeiter*innen steige aber auch die Wut. Den linken Parteien und politischen Organisationen gelinge es jedoch nicht, dieses vorhandene Bewusstsein aufzugreifen. Viele seien trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse darauf aus, den Kapitalismus mit zu verwalten, statt ihn zu überwinden. Die meisten hätten zudem den Bezug zur arbeitenden Klasse verloren.

Von „Feuerchen“ und „Leuchttürmen“

Immer wieder flammten in der Diskussion aber auch kleine „Feuerchen“ des Widerstands auf, wenn auch aktuell kein „Leuchtturm“ heraussteche, wie der Referent es ausdrückte. Als Stichworte fielen die indigene Selbstverwaltung in Chiapas, die Arabische Rebellion 2010/11, aber auch Bewegungen wie Black Lives Matter, Fridays for Future oder das Bündnis Seebrücke.

Wenn die Situation momentan auch manchmal aussichtslos erscheine, so seien in der Geschichte doch auch die stabilsten Herrschaften irgendwann erschüttert und gestürzt worden. Für diese Momente des Auflehnens gelte es wach zu sein und die Menschen dort abzuholen, wo sie bereit sind. So lautete das übereinstimmende Fazit mehrerer Teilnehmender.



Warnstreikunggebung der IG Metall Mannheim, 29. März 2021.

Foto: helmut-roos@web.de.

Vor 50 Jahren *Imagine*

M. G.

Am 27. Mai 1971 nahm John Lennon gemeinsam mit anderen Musikern wie George Harrison und Klaus Voormann in seinem Privatstudio ein ganz besonders Lied auf. Es hieß *Imagine* und sollte die Welt erobern.

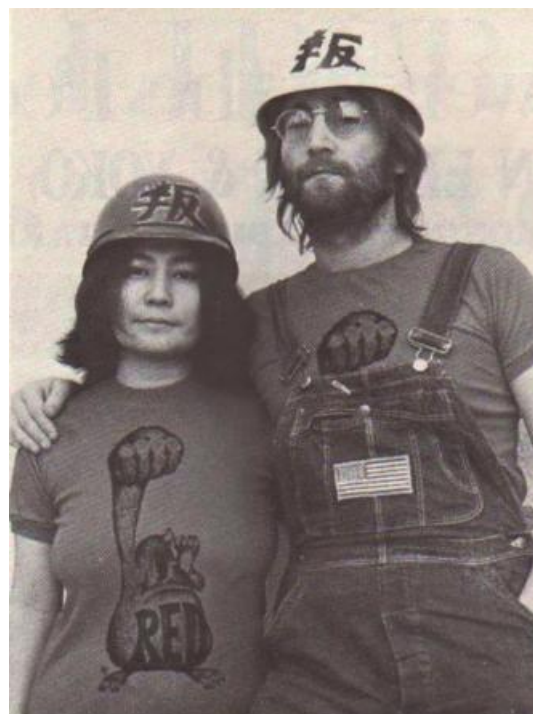
Lennon betonte den politischen Charakter des Songs. *Imagine* sei praktisch eine Art *Kommunistisches Manifest*. Gleichzeitig distanziert er sich von den Diktaturen in der UdSSR und der VR China. Es gebe bisher keinen sozialistischen Staat auf der Welt. Es sei deshalb erforderlich, einen neuen Sozialismus zu schaffen.

In der vierten Strophe des Textes heißt es (in deutscher Übersetzung):

*Stell' dir vor es gibt keinen Besitz
Ich frag' mich, ob du das kannst
Keinen Grund für Gier oder Hunger
Eine Gemeinschaft der Menschen
Stell' dir vor, alle Menschen
teilen sich die ganze Welt*

Das Lied bezeichnete er als anti-nationalistisch und antikapitalistisch. Es sei ebenso revolutionär wie *Working Class Hero* (Held der Arbeiterklasse, 1970). Da es aber mit einem musikalischen „Zuckerguss“ versehen sei, wäre es akzeptiert worden: „Ich habe jetzt verstanden, was zu tun ist. Vermenge Deine politische Botschaft mit ein wenig Honig.“

Erst später gab John zu, dass *Imagine* eigentlich ein Lennon/Ono-Titel sei. Text und Konzept stammten wesentlich von Yoko: „Damals war ich etwas egoistischer, etwas mehr Macho ...“ ■



John und Yoko Anfang der 1970er Jahre.

Foto: Red Mole, Tariq Ali.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SA, 01.05.2021, 11:00 Uhr, DGB-Kundgebung, Marktplatz MA*
- DO, 06.05.2021, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Soli-komitees
- SO, 09.05.2021, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- MI, 12.05.2021, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- DO, 20.05.2021, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Soli-komitees
- FR, 21.05.2021, 18:00 Uhr, Kundgebung für bezahlbares Wohnen, Dammstr. 19, MA*
- FR, 28.05.2021, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zu aktuellem Thema

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

